Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/04/2014

über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.05.2014,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:30 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Bela Randschau
Frau Karen Schmick
Herr Michael Stukenberg

i. V. f. Frau Schwintzer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Uwe Gaumann
Frau Nina Holers
Herr Claus Rowetter
Herr Wolfdietrich Siller

i. V. f. Herrn Levenhagen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Anna Braun
Herr Yannick Klix

Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat

Sonstige, Gäste

Frau Böttger
Herr Böttger
Frau Kock
Frau Schönfeldt
Frau Wramp

BEST
BEST
BEST
Förderverein BEST
1. Vorsitzende BEST (Beratungs-
stelle für Frauen und Mädchen)

Verwaltung

Herr Robert Tessmer
Frau Gabriele Fricke
Frau Cornelia Beckmann

stellv. FBL II
Gleichstellungsbeauftragte
FDL II.6 Kindertageseinrichtun-
gen
FDL II.4 Soziale Hilfen
Protokollführerin

Herr Michael Cyrkel
Frau Anja Gust

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Detlef Levenhagen

Bürgerliche Mitglieder

Frau Gabriela Schwintzer

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Festsetzung der Tagesordnung/Erweiterung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2014 vom 08.04.2014
5. Antrag des Kinder- u. Jugendbeirates auf Erhöhung des Zuschusses f.d. Beratungsstelle für Frauen und Mädchen in Ahrensburg e.V. um 460 € **AN/012/2014**
6. Neufassung der Richtlinie zur Aufnahme und zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Ahrensburg **2014/016**
7. Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen **2014/058**
8. Erhöhung der Betreuungspauschale in der Seniorenwohnanlage Haus Gartenholz **2014/059**
9. Kenntnisnahmen
- 9.1 Jugend im Rathaus
- 9.2 Außenspielgelände Kita Stadtzwerge an der Fritz-Reuter-Schule
- 9.3 Anfrage zur Errichtung einer Kita im A sternweg
- 9.4 Sachstand Erbbaurechtsvertrag mit der Ev.-Luth. Kirchengemeinde
- 9.5 Nutzungsanfrage des Fördervereins St. Johannes
10. Verschiedenes
- 10.1 Tätigkeitsberichte geförderter Institutionen in Ahrensburg
- 10.2 Situation Asylbewerber
- 10.3 Parkbank Kastanienallee

1. Einwohnerfragestunde

Frau Schönfeld vom Förderverein BEST sowie weitere Mitglieder und Vertreter der Beratungsstelle für Frauen und Mädchen in Ahrensburg e. V. berichten. So hat der Verein nach langem Suchen endlich barrierefreie und bezahlbare Geschäftsräume in Ahrensburg finden können. Die aktuelle Miete liegt ca. 250 € über der bisherigen Monatsmiete. Der Verein hat die Räume nicht leichtfertig angemietet, sondern, weil es sich zudem um eine städtische Liegenschaft handelt, vorher auch das Gespräch mit dem Bürgermeister gesucht. Viele Renovierungsarbeiten hat der Verein in Eigenleistung und eigene Kosten erbracht. Als dann etwas später der Bewilligungsbescheid der Stadt mit dem gekürzten Jahreszuschuss kam, fielen die BEST-Mitglieder aus allen Wolken. Die Vertreter des Vereins haben sich inzwischen erneut an die Stadtverwaltung gewandt und zudem sind sie froh und dankbar, dass der Kinder- und Jugendbeirat den nun vorliegenden Antrag mit Deckungsvorschlag eingebracht hat. Auf Nachfrage von Sozialausschussmitgliedern erläutert der Verein, dass es in der Regel Sponsoren gäbe, die einzelne Projekte fördern. Jedoch wolle sich niemand verbindlich langfristig binden, sodass die laufenden Kosten für Miete, Betriebsnebenkosten und die Bürokraft durch den Verein aufzubringen sind. Vonseiten des Sozialausschusses erfolgt noch einmal der Hinweis, einzelne Projekte bei der Sparkassenstiftung einzureichen.

Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass der Antrag des Kinder- und Jugendbeirates nur im Rahmen der Dringlichkeit beraten werden kann, da er nicht termingerecht zur Ladungsfrist zugegangen war.

Weitere Fragen werden im Rahmen der Einwohnerfragestunde nicht gestellt.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

3. Festsetzung der Tagesordnung/Erweiterung der Tagesordnung

Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates beantragen den Antrag AN/012/2014 als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung als neuen Tagesordnungspunkt 5 aufzunehmen. Die Folgepunkte verschieben sich entsprechend.

Abstimmung: **7 dafür**
2 Enthaltungen

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmung: **Alle dafür**

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2014 vom 08.04.2014

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift vorgebracht.

5. Antrag des Kinder- u. Jugendbeirates auf Erhöhung des Zuschusses f.d. Beratungsstelle für Frauen und Mädchen in Ahrensburg e.V. um 460 €

Die Verwaltung merkt an, dass der Sozialausschuss zum vorliegenden Antrag eine Empfehlung aussprechen kann. Da der Deckungsvorschlag des Kinder- und Jugendbeirates aus dem Budget des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses stammt, müsse der BKSA auch über die Freigabe der Mittel entscheiden. Die nächste Sitzung des BKSA findet voraussichtlich am 5. Juni 2014 statt.

Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeitrages erläutern noch einmal ihren Antrag und bitten den Sozialausschuss, die entsprechende Empfehlung an den BKSA zu geben.

Abstimmung:

6 dafür

3 Enthaltungen

6. Neufassung der Richtlinie zur Aufnahme und zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Ahrensburg

Die Verwaltung ergänzt und berichtet über die Sitzung des gemeinsamen Kindertagesstättenausschusses, der am 8. Mai 2014 seine Änderungswünsche und sein Votum zur Neufassung der Richtlinie abgegeben hat:

Abschnitt 1 Ziffer 3 letzter Satz:

Hier soll der geklammerte Hinweis (regelmäßig Rettungsdienst) geändert werden in („i.d.R. Rettungsdienst“)

Abschnitt 2. Buchstabe A Überschrift

Es wird beantragt die Überschrift wie folgt zu formulieren:

„Aufnahmekriterien für Krippenkinder“

Der Zusatz „für Kinder von 1 bis 3 Jahren“ soll dann unter A 2. eingefügt werden.

Der geänderte Text heißt dann; **„Bevorrechtigt aufgenommen werden Kinder von 1 bis 3 Jahren für die nachgewiesen ist, dass..“**

**Abschnitt 2. Buchstabe A b)
im Falle des Zusammenlebens beider**

dazu:

„dabei kommt bestehende Berufstätigkeit vor erwerbssuchend“

**Abschnitt 2 Buchstabe B. Ziffer 2 (b)
im Falle des Zusammenlebens beider**

Abschnitt 3 Ziffer 3.1

Hier ist der/die Erzieher/in durch die Begrifflichkeit „pädagogische Fachkraft“ zu ersetzen.

Inklusive dieser Änderungswünsche hatte der Kita-Ausschuss der Neufassung zugestimmt.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragen, folgenden Abschnitt zu streichen:

2. Aufnahme

2.1 Die Aufnahme eines Kindes kann in Ausnahmefällen abgelehnt werden, wenn das Kind in der Einrichtung nicht in der erforderlichen Weise gefördert werden kann oder die Förderung der anderen Kinder der Gruppe erheblich beeinträchtigt wird. Dies kann nach Anhörung der Personensorgeberechtigten und der Einrichtungsleitung zum nachträglichen Ausschluss des Kindes von der Betreuung führen.

Aus Sicht einzelner Ausschussmitglieder widerspricht diese Regelung dem Gedanken der Integration/Inklusion.

Die Verwaltung führt hierzu aus, dass die genannte Regelung bisher unter Abschnitt 3 Ziffer 3.1 gefasst war. Die Erforderlichkeit einer solchen Regelung begründet die Verwaltung, dass es im Ausnahmefall vorkommen kann bzw. vorgekommen ist, dass die Betreuung eines behinderten oder beeinträchtigten Kindes tatsächlich nicht leistbar ist. Wenn dieser Umstand schon im Vorwege erkannt ist, dient diese Regelung mehr dem Kindeswohl, auch wenn sich Eltern z. B. vorrangig eine wohnortnahe Betreuung wünschen.

Nach kurzer Diskussion tauschen die Sozialausschussmitglieder ihre Standpunkte hierzu aus. Anschließend wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung gebracht:

Abstimmung: **2 Dafür**
7 dagegen

Anschließend wird über die Änderungswünsche aus dem gemeinsamen Kita-Ausschuss abgestimmt:

Abstimmung: **Alle dafür**

Abschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlage einschließlich aller Änderungen abgestimmt:

Abstimmung: **7 dafür**
2 Enthaltungen

7. **Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen**

Die Verwaltung berichtet. Die Neufassung der Satzung beinhaltet im Wesentlichen das neue Betreuungsangebot bis 15:00 Uhr („Dreiviertel Plus“) sowie die neuen Elternbeiträge. Hierbei stellt die Verwaltung die geplante Beitragsänderung zum 01.08.2014 vor. Zum 01.08.2011 war der Elternbeitrag von bisher 37,5 % auf 38 % angehoben worden. Seitdem hatte es keine Beitragserhöhungen mehr gegeben. Von 2011 bis 2013 gab es Tarifierhöhungen von insgesamt 6,8 %. Zusätzlich wurde das Betreuungsangebot kontinuierlich ausgeweitet (neue Krippengruppen, Ausweitung der Früh- und Spätgruppen und zusätzliche Leitungsstundenanteile). Diese höheren Aufwendungen im Bereich der Personalkosten erklären auch die Kostensteigerung bei den neuen Elternbeiträgen, die im Durchschnitt bei 5,5 % liegt.

Ein Ausschussmitglied regt an, für die Gut- und Besserverdiener eine Staffel nach oben einzurichten, um die Stadt von der kontinuierlichen Ausweitung der Betreuungsangebote zu entlasten.

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass dieses zum 01.08.2014 nicht umsetzbar ist. Zudem wisse man nicht, ob dieses Klientel das öffentliche Betreuungsangebot nutzt und ob die Mehreinnahmen tatsächlich zum Verwaltungsmehraufwand stünden.

Die übrigen Ausschussmitglieder sprechen sich gegen eine weitergehende Erhöhung der Elternbeiträge aus. Vielmehr solle und wolle sich die Stadt um den Zuzug junger Familien nach Ahrensburg bemühen, deshalb ist hier eine familienfreundliche Stadtpolitik gefordert.

Dennoch möge die Verwaltung im Umland erfragen welche Modelle und Erfahrungen Nachgemeinden mit einer Beitragsstaffel nach oben gemacht haben.

Die Mitglieder des Sozialausschusses bedanken sich für die gute und übersichtliche Beschlussvorlage.

Abstimmung:

Alle dafür

8. Erhöhung der Betreuungspauschale in der Seniorenwohnanlage Haus Gartenholz

Die Verwaltung stellt den Sachverhalt vor. Aufgrund des höheren Pflegeaufwandes, der sich durch das zunehmende Durchschnittsalter der Bewohner (im Durchschnitt 88 Jahre) und zunehmender Demenzbetreuung (gestiegen von 0 auf 9 Fälle) begründet wie auch durch die tariflichen Personalkostensteigerung, bittet die Gesellschaft „Seniorenwohnen Ahrensburg gGmbH“ um Anhebung der Betreuungspauschale zum 01.06.2014.

Die Ausschussmitglieder können der Argumentation des Anbieters folgen und sprechen sich geschlossen dafür aus, dem Antrag stattgeben zu wollen.

Abstimmung:

Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

Auf Wunsch teilt die Verwaltung mit:

Insgesamt sind 93 Wohnungen in der Wohnanlage vorhanden, davon sind 60 öffentlich gefördert und 33 frei finanziert.

9. Kenntnisnahmen

9.1 Jugend im Rathaus

Das Ergebnisprotokoll der diesjährigen Aktion „Jugend im Rathaus“ wird dem Protokoll beigelegt (**Anlage**).

9.2 Außenspielgelände Kita Stadtzwerge an der Fritz-Reuter-Schule

Die Verwaltung unterrichtet über den aktuellen Stand.

In Kürze soll die marode Tischtennisplatte von Schulhof entfernt werden und zudem ein neues Außenspielgerät beschafft werden. Eine entsprechende Umzäunung ist vorhanden. Die Eltern sind unterrichtet.

9.3 Anfrage zur Errichtung einer Kita im A sternweg

Ein Eigentümer möchte im A sternweg seine Doppelhaushälfte abreißen und neu errichten und darin eine Kindertagesstätte (Krippe, Kiga, evtl. Hort) als Verein betreiben. Nach Ortstermin teilt die Verwaltung mit, dass die Größe des Gebäudes, der Verkehr, die notwendigen Stellplätze an der Durchführbarkeit und dem baurechtlichen Gebot der Rücksichtnahme Zweifel aufkommen lassen. Ob eine Baugenehmigung erteilt werden würde, wird in Frage gestellt.

Aus Sicht der Verwaltung wäre an diesem Standort allenfalls eine Großpflegestelle (Tagesmütterzusammenschluss mit 10 Kindern) denkbar.

9.4 Sachstand Erbbaurechtsvertrag mit der Ev.-Luth. Kirchengemeinde

Die Verwaltung berichtet nach vorheriger Abstimmung mit dem Bürgermeister in öffentlicher Sitzung:

Inzwischen ist der Erbbaurechtsvertrag der Stadt zugegangen. Dabei stellte die Verwaltung fest, dass die Kirche die „Paketlösung“ anders verstanden hat als die Stadtverwaltung selbst. Eine Koppelung der erbaurechtlichen Regelung über die Grundstücke im Wulfsdorfer Weg und der Rudolf-Kinau-Straße zusammen im Paket mit der Kita-Finanzierungsvereinbarung war nie im Gespräch. Daher gibt es auch keinen politischen Beschluss über die neue Kitafinanzierung. Vielmehr umfasste die „Paketlösung“ immer nur die Rechtstellung der betroffenen Grundstücke/Immobilien.

Die Verwaltung hat sofort Rücksprache mit dem Kirchenvorstand gesucht. Dieser hat nun Gelegenheit, diesen Vertragsteil bis Freitag, 16. Mai 2014, zu korrigieren bzw. zu überdenken.

Erfolgt diese Korrektur nicht, muss die Stadt in der kommenden Woche sofort handeln und die Containerlösung umsetzen. Die Grundstücksvereinbarung mit der Kirche ist dann hinfällig.

Die Verwaltung steht vor einem großen zeitlichen Problem. War bereits der 30. April 2014 als Deadline definiert, hat die Kirche die Vertragsausfertigung nun schon bis Mitte Mai verzögert. Weitere Fristen für die Kirchenverwaltung sind nicht mehr vertretbar.

Am 01.08.2014 beginnt der Hortbetrieb. Alle Hortplätze sind vergeben. Inklusiv der erforderlichen Sanierungs- und Renovierungsarbeiten im Gemeindehaus oder alternativ die Beschaffung, Aufstellung und Herrichtung der Hortcontainer bedeutet jeder weitere Tag, dass die Zeit zur Fertigstellung der Räume mehr als knapp wird.

Die Ausschussmitglieder nehmen diese Information teils als Bestätigung eigener Vorbehalte, teils mit Bestürzung zur Kenntnis. Der Ausschuss bestätigt die Auffassung der Verwaltung: Aufgrund der gefassten Beschlusslage ist die Verwaltung nun ermächtigt, die Containerlösung umgehend umzusetzen.

Die Sozialausschussmitglieder bitten die Verwaltung, sie über die Entscheidung der Kirche umgehend per E-Mail zu unterrichten.

9.5 Nutzungsanfrage des Fördervereins St. Johannes

Die Verwaltung berichtet, dass der Förderverein St. Johannes an den Bürgermeister geschrieben habe und für bestimmte Veranstaltungen und für regelmäßige Treffen einen Gruppenraum sowie die Toilettenanlagen im Gemeindehaus nutzen möchte.

Dem kurzfristigen Nutzungswunsch konnte der Bürgermeister nicht stattgeben, da die Toilettenanlagen zurzeit gar nicht nutzbar sind. Ob eine Doppelnutzung mit Räumen einer Kindertageseinrichtung überhaupt möglich ist, soll erst zu gegebener Zeit geprüft und mit allen Beteiligten besprochen werden.

10. Verschiedenes

10.1 Tätigkeitsberichte geförderter Institutionen in Ahrensburg

Die Verwaltung erhält regelmäßig Tätigkeitsberichte der Institutionen, die die Stadt Ahrensburg fördert. Künftig sollen diese Tätigkeitsberichte möglichst als Datendatei an die ordentlichen Mitglieder des Sozialausschusses verteilt werden.

10.2 Situation Asylbewerber

Die Verwaltung berichtet, dass aktuell 76 Asylbewerber der Stadt Ahrensburg zugewiesen sind; eine weitere 5 köpfige Familie wird diese Woche erwartet.

Die zu erwartenden Zuweisungen werden nach aktueller Planung für 2014 weiterhin durch Wohnraum in den bestehenden Notunterkünften sichergestellt werden. Freien Wohnraum in den Unterkünften bereitzustellen, gelingt allerdings zunehmend schwieriger. Es wurden daher bereits 2 freigemeldete Sozialwohnungen angemietet und mit Familien belegt, die aufgrund des Aufenthaltsstatus keinen eigenen Mietvertrag erhalten konnten.

Auch andere frei gemeldete Sozialwohnungen in 3 bis 3,5-Zimmergröße, die mit einem Vorschlagsrecht für die Stadt versehen sind, werden derzeit vorrangig an ehemalige Asylbewerber vergeben, die mittlerweile eine Aufenthaltserlaubnis haben und eigenen Wohnraum anmieten dürfen. Dadurch gelingt dann die Verweildauer in den Unterkünften zu reduzieren und freie Kapazitäten in den Unterkünften zu schaffen.

10.3 Parkbank Kastanienallee

Frau Holers merkt an, dass die Parkbank an der Fahrradschnecke Kastanienallee entfernt wurde. Sie bittet um Mitteilung, ob diese Sitzmöglichkeit baldmöglichst wieder ersetzt wird.

gez. Doris Brandt
Vorsitzende

gez. Anja Gust
Protokollführerin